



Interviews

Nach BVerfG-Urteil zur Schuldenbremse - Wie schwer wiegt die jetzt verbotene Umwidmung von 60 Milliarden Euro?

Monika Schnitzer, Ökonomin an der Münchner Maximilian-Ludwigs-Universität und "Wirtschaftsweise", im Interview mit Sandra Schulz

"Informationen am Morgen", 17.11.2023, 7:15 Uhr

Sandra Schulz: Wir können uns das alles jetzt noch mal ganz genau anschauen. Am Telefon ist Monika Schnitzer, Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig Maximilians Universität in München. Sie ist die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, genau des Gremiums, dessen Mitglieder auch gerne als Wirtschaftsweise bezeichnet werden. Guten Morgen, Frau Schnitzer!

Monika Schnitzer: Guten Morgen.

Schulz: Gehen wir zum Ausgangspunkt zurück: die Schuldenbremse – ein Instrument, das so ein zentrales Thema ausbremst, den Klimaschutz, auch wenn es an der Strickart der Koalition gelegen hat. So ein Instrument kann, muss das weg?

Schnitzer: Über die Schuldenbremse kann man diskutieren, sollte man auch diskutieren. Ob das jetzt in dieser Situation helfen wird, das wage ich zu bezweifeln, weil sich da die

einzelnen Parteien zum Teil schon wirklich sehr stark festgelegt haben. Dafür braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag, die sehe ich momentan nicht.

Schulz: Das haben Union und FDP klargestellt.

Schnitzer: Ja, genau. Man sollte trotzdem darüber diskutieren, aber das wird jetzt nicht helfen. Worüber man schon nachdenken kann – und man hätte das auch schon früher verstärkt tun sollen – ist, die Ausnahmeregel von der Schuldenbremse zu ziehen. Man ist ja in der Lage, wenn es eine Krisensituation gibt, tatsächlich doch mehr Schulden aufzunehmen. Jetzt hatte sich die Koalition, insbesondere die FDP, sehr früh festgelegt, dass sie das so schnell wie möglich verhindern möchte, so schnell wie möglich wieder zum Normalzustand zurückgehen möchte, und das in einer Situation, wo wir nach wie vor Krisen haben. Wir hatten erst die Corona-Krise, wir hatten dann die Energiekrise. Das wäre durchaus ein Weg gewesen, um doch noch mal mehr Geld aufzunehmen.

Schulz: Aber kann man das ernsthaft ziehen? Wenn wir über den Klimaschutz sprechen, dann sprechen wir über ein Problem, das seit Jahrzehnten ja bekannt ist. Kann man da ernsthaft sagen, oh, jetzt ist Krise?

Schnitzer: Man hätte im letzten Jahr sagen können, durch die Energiekrise müssen die Energiehilfen gezahlt werden, und das hat man nur im letzten Jahr dann auch als Begründung für das Aussetzen der Schuldenbremse genommen. Man hätte es für dieses Jahr auch noch machen können, denn wir sind ja jetzt immer noch in dieser Belastungssituation.

Man kann vor allen Dingen auch argumentieren, die Energiekrise zwingt uns jetzt, doch wirklich beschleunigt in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu gehen, weil wir dann

schneller unabhängig werden, weil wir schneller auch die Preise wieder runtertreiben können. Man hätte ein solches Argument durchaus machen können.

Schulz: Jetzt ist die Frage: Diese 60 Milliarden Euro waren im Prinzip ja verplant. Es sollte in die Bahn fließen, es sollte in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen, in die Förderung von Dämmung bei Gebäuden, alles Projekte, die den Klimaschutz pushen sollten. Jetzt ist wirklich die Frage, ob das gestrichen wird. Das scheint, politisch in diesem Aushandlungsprozess zu stehen. Was hieße es denn wirtschaftlich zu sagen, jetzt muss es ohne gehen?

Schnitzer: Man muss an der Stelle wirklich darüber nachdenken, ob man nicht auch Steuern erhöhen muss, versuchen muss, zu Steuereinnahmen zu kommen, um Dinge zu finanzieren, denn auch hier hat man sich wieder viel zu früh festgelegt, das darf auf keinen Fall passieren. Aber man kann wieder argumentieren, wir sind in einer Krisensituation und das muss auch irgendwie finanziert werden. Man könnte sich gut vorstellen, die CO₂-Steuer schneller schon anzuheben. Man könnte über so was wie Diesel-Privileg abschaffen nachdenken. Man hätte schon im letzten Jahr darüber nachdenken können, einen Klima-Soli zu erheben.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen und sich so gegen alles zu sperren, gegen Steuererhöhungen und andererseits gegen das Ziehen der Ausnahmeregel bei der Schuldenbremse, das ist schon wirklich schwer zu verstehen in solchen schwierigen Zeiten.

Schulz: Alles was Sie sagen, das richtet sich im Prinzip, wenn wir jetzt auf die Ampel-Parteien schauen, ziemlich direkt auf die FDP von Christian Lindner. Da ist jetzt das Argument – ein Satz, der vielen sicherlich hängengeblieben sein wird -, wir müssen, so hat es Christian

Lindner gestern im Bundestag gesagt, mit weniger Geld wirksame Politik machen. Das muss doch in den Ohren einer Wirtschaftsprofessorin Musik sein.

Schnitzer: Ja, natürlich! Natürlich muss man wirksame Politik machen und deswegen muss man Dinge vermeiden, die keine Wirkung haben beziehungsweise nicht notwendig sind.

Insofern halte ich es jetzt schon mal für sehr gut und richtig, dass man bei der Gastronomie wieder auf die normalen Mehrwertsteuersätze hochgeht, weil die Corona-Pandemie ist vorbei. Dass man weiterhin die Gastronomie extra unterstützt, ist nicht einzugehen.

Man könnte über ganz andere Dinge nachdenken. Ich hatte eben Diesel-Privileg angesprochen. Man könnte auch über das Dienstwagen-Privileg nachdenken. Es gibt wirklich keine gute Begründung, warum es das nach wie vor gibt. Das wird in dieser Situation auch nicht möglich sein, weil das ist Einkommenssteuerbestandteil, und wiederum wird es da im Bundesrat von der CDU/CSU sicherlich massiven Widerstand geben.

Schulz: Sie sprechen da ein Thema an, das ich mir hier auch aufgeschrieben habe. Es gibt ja diese Zahl vom Umweltbundesamt. 65 Milliarden Euro, sagt diese Behörde – die Zahl ist allerdings ein paar Jahre alt, es gibt keine neueren Zahlen dazu -, das sind umweltschädliche Subventionen.

Schnitzer: Richtig.

Schulz: Ich frage nicht für einen Freund, sondern weil dieses Thema ja so wichtig ist.

Steuererhöhungen vermeiden, Subventionen zu streichen, sind das überhaupt

Steuererhöhungen?

Schnitzer: Nein! An der Stelle ist das ein Subventionen streichen von Subventionen, die wirklich nicht gut begründet sind, die aber für einige offensichtlich dann doch so wichtig sind, dass sie sich massiv dagegen wehren, schon seit vielen Jahren.

Schulz: Einen Punkt von dem, was Sie gerade gesagt haben, möchte ich jetzt noch aufgreifen. Der gesenkte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie ist eine wichtige Unterstützung gewesen für eine Branche, die sowieso sehr stark zu kämpfen hat. Sie sagen, das war jetzt überhaupt nicht einzusehen. Warum ist das nicht einzusehen bei den Problemen, die da zu erkennen sind? Die Leute schauen mehr aufs Geld, teilweise auch erhebliche Probleme, gutes Personal zu bekommen, was dann auch Geld kostet. Ist das nicht das falsche Signal?

Schnitzer: Es ist nicht gut zu vermitteln, dass eine bestimmte Branche jetzt dauerhaft so stark unterstützt wird, indem man die Mehrwertsteuer absenkt, denn andere Branchen sind auch betroffen. Wenn wir jetzt darüber nachdenken, wieviel Geld wird momentan veranschlagt, um die Industrie zu unterstützen, dann kann man sich da ja auch fragen, kann man sich das dauerhaft leisten, Energiepreise zu subventionieren, um auf die Weise die Industrie zu unterstützen. Das ist etwas, was man an der Stelle genau sich fragen muss: Welche Branchen haben jetzt in der neuen Situation doch dauerhaft Schwierigkeiten und können nur mit Subventionen überleben. Da muss es dann schon auch einen Strukturwandel geben. Das wird auch für die Gastronomie gelten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.